

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 86 (1992)
Heft: 9

Artikel: Solidarität mit Heinrich Fink : Dorothee Sölle über die Säuberungen in der ehemaligen DDR
Autor: Sölle, Dorothee
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143718>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 27.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Solidarität mit Heinrich Fink

Heinrich Fink, willkürlich entlassener Rektor der Berliner Humboldt-Universität (HUB), wird am 31. Oktober dieses Jahres nach Zürich kommen, um hier auf Einladung der Religiös-sozialistischen Vereinigung der Deutschschweiz zum Thema «Welcher Sozialismus hat Zukunft?» zu sprechen. Zur Vorbereitung veröffentlichen wir einen Text von Dorothee Sölle, der im März 1992 in der «Jungen Kirche» erschienen ist, sowie Auszüge aus einer persönlichen Erklärung von Heinrich Fink unmittelbar nach seiner Amtsenthebung. Red.

Dorothee Sölle über die Säuberungen in der ehemaligen DDR

Am 26. November 1991 wurde Heinrich Fink, der im April 1990 gewählte Rektor der Humboldt-Universität in Berlin, fristlos entlassen, weil er, so die zuständige Behörde, als informeller Mitarbeiter für die Staatssicherheit «tätig gewesen» sei. Fink bestreitet diese Behauptung; belegen lässt sie sich nicht, weil ihn betreffende Akten im Dezember 1989 gelöscht worden sind. Was an Beweisen vorliegt, besagt nur, dass es eine Akte unter dem Decknamen «Heiner» gab und dass Fink als Theologe mit guten Kontakten zur Friedensbewegung und zum westlichen Ausland von der Stasi als wichtig angesehen wurde.

Selbstverständlich wurden die Finks wie alle Angehörigen der geistigen Elite in der DDR telefonisch und jahrelang durch einen Hausbewohner bespitzelt. Selbstverständlich wurde der Leiter der Theologischen Sektion der Universität und das Mitglied der Synode von Beamten der Staatssicherheit aufgesucht und zu bestimmten Vorfällen oder Personen befragt. Es gibt genug Zeugen, die in Schwierigkeiten mit dem Staat geraten waren und von Fink Hilfe erfuhren.

Mich interessieren an diesem Fall zwei Fragen, die für den ganzen schmerzlichen Prozess der Wiedervereinigung wichtig sind: Was ist und woran erkennt man einen Informellen Mitarbeiter (IM) der Stasi? Was bedeutet es, die Vergangenheit aufzuarbeiten?

In der innerhalb der Kirchen geführten Diskussion der ersten Frage haben sich drei Kriterien für den IM herausgebildet:

1. die Unterschrift unter eine Verpflichtungserklärung, mit der ein IM seine Mitarbeit deklariert,

2. Geldzuwendungen von der Behörde an den Mitarbeiter,

3. vorliegende Berichte über bespitzelte Personen.

Diese drei Kriterien treffen auf Fink und eine Reihe anderer Opfer der Säuberungen nicht zu. Man muss sich daher fragen, ob es schon Grund genug ist, jemanden zu verdächtigen, wenn sein oder ihr Name als IM innerhalb des Stasiapparates auftaucht. Oder gibt es vielleicht gar eine dem ausführenden Subjekt unbewusste, nur der Behörde bekannte Mitarbeit? Darf denn bei dem Versuch der Wahrheitsfindung niemand gehört werden ausser der Verbrecherorganisation Stasi selber?

Verdächtige müssen ihre Unschuld beweisen

Die gegenwärtig laufenden Verfahren verletzen elementare Rechtsgrundsätze. Nicht der Ankläger, also hier der Wissenschaftssenator, muss dem Angeklagten die Schuld nachweisen, sondern die durch Akten verdächtige Person muss erst einmal ihre Unschuld beweisen. Nicht der Beschuldigte wird angehört oder befragt, sondern die Akten der zwar Stasi, aber eben doch Behörde, gelten, wie der Schriftsteller Stephan Heym gesagt hat, als Gottes Wort. Wer dort auftaucht als angeblicher IM, ist schon gericht-

tet, auch wenn er oder sie nur Verdächtigungen von Personen abgewendet oder Studenten geschützt hat. So feiert die *allmächtige Stasi* gerade heute einen *nachträglichen Sieg*, qua Papier, während Aussagen von hauptamtlichen Stasileuten, die die innere Lage besser kennen von vornherein als null und nichtig angesehen werden.

Die Logik dieser Art von McCarthyismus ist folgende: Wer immer eine Position in der früheren DDR einnahm, muss ein charakterloser Mitläufer oder ein Mithelfer im Unrechtsstaat gewesen sein. Der Gedanke, im Sozialismus einen Lebensentwurf zu sehen, für den es sich lohnte, zu arbeiten und auch zu leiden, darf nicht gedacht werden. Viele Christen in der DDR vertraten eine Position, die mit dem Wort des Propheten Jeremia «*Suchet der Stadt Bestes*» beschrieben wurde. Sie blieben im Lande und versuchten, andere zum Bleiben zu bewegen, sie hofften darauf, den Sozialismus zu demokratisieren und zu vermenschlichen. Sie werden heute als «systemnah», als Zuarbeiter des Systems angesehen nach der Logik: Jeder Sozialist ist ein Stalinist, deswegen wird er oder sie auch bei der Stasi mitgemacht haben. So werden nicht nur Schulen, Hochschulen, Kantoreien und Behörden gesäubert, es wird auch in den Köpfen jeder Denkansatz wie ein hartnäckiges Unkraut gejätet, der die Vorstellung behält, dass Gerechtigkeit und Freiheit einander doch nicht ausschliessen müssen.

Schlechtest mögliche Einführung in die Demokratie

Damit bin ich bei meiner zweiten Frage, wie denn die neue Staatsmacht mit der Vergangenheit des Landes DDR umzugehen gedenkt. Der Fall des entlassenen Rektors ist auch hierin sehr aufschlussreich, weil Heinrich Fink leidenschaftlich und offensiv für eine Selbstaufarbeitung und Selbstreinigung der Universität plädierte. Gegen die schnelle Abwicklung unliebsamer Fachbereiche bemühte er, der sich als einen Übergangsrektor sah, erfolgreich den Rechtsstaat. Wie fast alle Menschen, die in der Bürgerrechtsbewegung für ein anderes Land, keineswegs für die Übernahme durch die Bundesregierung kämpften, so forderte auch er immer wieder mehr Zeit zum Nachdenken, zur Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und der

Verstrickung in ihre Verbrechen und ihre Fehler. Auch an der Humboldt-Universität gab es und gibt es ein schwer auflösbares Gemisch von Tätern, Mittätern, Nutznießern, Nischenbauern und Opfern. Die meisten Menschen werden sich in mehrere dieser Schubladen einordnen wollen.

Was den Konflikt um das Rektorat von Fink angeht, so lassen sich zwei Umgangsweisen mit der Realität unterscheiden, die eine nenne ich «*Operation*», die andere «*Heilung*». Die Behörde und der – die DDR-Verhältnisse nicht kennende – Senator für Wissenschaft und Kultur wollen eine reibungslose, schnelle, funktionalistische Lösung. Nur weg mit allem, was von früher ist, reinen Tisch machen, es gibt nichts, was übernehmenswert wäre. Am liebsten würden sie auf das belastete Erbe der Humboldt-Universität ganz verzichten. Operieren wollen sie; was Wahrheit und was Lüge, was krank und was gesund ist, wissen sie messerscharf. An der Heilung des Erkrankten liegt ihnen nicht, das technokratische Modell sieht so etwas Langwieriges nicht vor.

Was hiesse denn Heilung im gesellschaftlichen Sinn? Sie müsste von innen kommen, sie setzte die Einsicht und die *Selbstbeteiligung der Subjekte* voraus. Säuberung kommt von aussen, wird von einer Regierungsbehörde verhängt. «Veränderungen», so sagte Heinrich Fink in einem Interview, «müssen aus erkannten Fehlern kommen, die korrigiert worden sind. Alles andere ist Opportunismus.» Heilen hiesse dann, die eigene Geschichte nicht zu entschuldigen oder zu beschönigen, sondern sie anzunehmen und aus ihr zu lernen. Dieser Prozess braucht Zeit, viel Zeit. Er erlaubte den Bürgern in den neuen Ländern auch, ein Selbstbewusstsein der DDR zu bewahren. Auch die DDR hat etwas in den Vereinigungsprozess einzubringen. War denn das Tempolimit, das es dort gab, falsch oder war das Nichtvorhandensein von sinnlosem Verpackungsmüll ein Zeichen der Diktatur? Sind all die verschiedenen Ausbildungswege an Fachschulen – gerade im sozialen und kirchlichen Bereich – veraltet und unbrauchbar, so dass sie nicht anerkannt werden dürften? Und sind heute die Versuche, die Universität zu demokratisieren und ihr eine relative Autonomie zu gewähren, so absurd, dass ein Senator gegen das Konzil

als die oberste Behörde dieser Universität wie ein Alleinherrscher schalten und walten muss?

Heinrich Finks wichtigste Leistung war vielleicht, dass er das Vertrauen in den Rechtsstaat, gerade in seinem offensiven Umgehen mit demokratischen Mechanis-

men, vorexerziert hat. Er hat der weitverbreiteten Resignation in den neuen Ländern ein *Vertrauen in demokratische Prozesse* entgegengestellt. Die Studierenden der Humboldt-Universität sehen jetzt, wie er dafür bestraft wird. Das dürfte die schlechtestmögliche Einführung in die Demokratie sein.

Aus einer Erklärung von Heinrich Fink

Ich bin zehn Jahre Direktor der Sektion Theologie der HUB gewesen. Wie jeder Sektionsdirektor an dieser Universität, wie jeder verantwortliche Leiter eines Bereiches von nur einiger Bedeutung in der ehemaligen DDR, hatte ich zwangsläufig Kontakte mit der Staatssicherheit. Ich hatte, wie jeder Amtsträger, in vielfacher Hinsicht gegenüber der Staatssicherheit mich zu rechtfertigen. Diese aus der Amtsfunktion heraus selbstverständlichen Kontakte mit der Stasi waren in meinem Fall in erheblichem Umfang konfliktvoll:

Ich habe als engagierter Hochschullehrer mich stets für meine Studenten eingesetzt und bin dadurch bereits 1965 zum ersten Male während eines Ernteeinsatzes in der Nähe von Neubrandenburg einem Staatssicherheitsverhör «zugeführt» worden, weil Studenten abends in der Gaststätte gesungen haben: «Auf der Mauer, auf der Mauer sitzt 'ne kleine Wanze...» Ich versuchte damals, den Sachverhalt zu klären. Es sind mir aber keine Angebote einer Mitarbeit gemacht worden.

Eine weitere Zuführung erfolgte 1967, als der Student Stefan Scheidacker, der sich damals gegen die DDR-Propaganda wandte, Israel wäre die Speerspitze des Imperialismus, exmatrikuliert werden sollte. Ich habe den Befragenden im Direktorat für Erziehung und Ausbildung erklärt, dass ich meine Lehrtätigkeit an der Universität aufgeben werde, wenn auch nur ein Student wegen der Beurteilung Israels exmatrikuliert würde. Seitdem wurde mir wiederholt der Vorwurf gemacht, eine zionistische Position zu haben. Sowohl in meiner Dienststelle wie auch bei der Kreisleitung der SED wurde ich zu meiner Einstellung zu Israel und Zionismus befragt, die ich in keiner Weise deswegen modifiziert habe.

Ich versichere hier an dieser Stelle, niemals Auskunft über Personen gegeben zu haben. Ich habe mich öffentlich weiterhin gegen die in der ehemaligen DDR geübte aggressive Ignoranz in Sachen Staat Israel und Zionismus verwahrt. Meine Aktivitäten zur Rekonstruktion und Pflege jüdischer Friedhöfe standen ständig unter Bewachung. Theologie-Studenten wurden besonders im Jahre 1988 wegen ihrer engagierten Tätigkeit auf dem Friedhof Adas Israel und ihrer Kontakte zu israelischen Bürgern aufgesucht und befragt.

Zu meiner Aktivität als Direktor der Sektion Theologie gehörte die Vorbereitung von neun ökumenischen Symposien unter grosser internationaler Beteiligung aus Lateinamerika, Afrika und fast allen europäischen Staaten. Ich wurde ständig als Veranstalter vorher und hinterher von den Sicherheitsbeauftragten der Universität befragt.

Auflagen habe ich nicht akzeptiert. Unter besonderer politischer Beobachtung stand unsere interdisziplinäre wissenschaftliche Arbeitsgruppe zur Integration homosexueller Bürger. Ich bin in der jahrelangen Arbeit nicht einmal um Auskunft über Personen angegangen worden.

Keine dieser Bemerkungen gilt als Rechtfertigung, sondern beschreibt die Selbstverständlichkeit, dass jeder engagierte Christ in der DDR die Aufmerksamkeit der Sicherheitsorgane auf sich gezogen hat. Daraus eine Mitarbeit abzuleiten, halte ich für eine nachträgliche Diskriminierung meines Engagements als Christ und Theologe.

Ich gehe davon aus, dass durch Beobachtung dieser Vorgänge Akten von erheblichem Umfang zu meiner Person entstanden sind. Wenn diese Akten vernichtet worden sein sollten, so behindert das allerdings meine Möglichkeit, das, was ich wirklich getan habe, und das, was mir unterstellt wird, auf der Grundlage einer Aktenlage zu beweisen. Aus dieser Schwierig-